

<b>Antrag</b> Öffentlich	Datum 24.10.2003	Nummer A0163/03
Absender SPD-Stadtratsfraktion der Landeshauptstadt Magdeburg 39090 Magdeburg		<b>Wird von der Verwaltung ausgefüllt.</b> Aufgenommen in d. TO d. Sitzung d. Gremiums Stadtrat
Adressat Gerhard Heint Alter Markt 1 39090 Magdeburg		am 06.11.2003 14:00
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 06.11.2003 14:00	
Kurztitel Kommunen brauchen eine durchgreifende Gemeindefinanzreform		

## **Kommunen brauchen eine durchgreifende Gemeindefinanzreform**

### **Der Stadtrat möge beschliessen:**

1. Die im Bundestag am 17. Oktober 2003 verabschiedeten Gesetze zur neuen Gemeindefinanzsteuer und für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe) weisen den richtigen Weg. Die vorgesehene Stärkung und Verstetigung der bisherigen Gewerbesteuer und die Absenkung der Gewerbesteuerumlage, die zusammen Mehreinnahmen von rund 3 Mrd. € jährlich bringen sollen, sind zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation dringend notwendig. Auch wenn die finanzielle Entlastungswirkung durch das vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt hinter den Erwartungen der Kommunen zurückbleibt, ist die vorgesehene Übernahme der Finanzverantwortung für Langzeitarbeitslosigkeit durch den Bund ein erster Schritt für eine nachhaltige Entlastung der Kommunen von Sozialhilfekosten. Eine Abschaffung der Gewerbesteuer oder eine Kommunalisierung der Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit führen dagegen in die Irre und werden von uns abgelehnt.

2. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg fordert die am weiteren Gesetzgebungsvorhaben Beteiligten - insbesondere den Bundesrat und die Mitglieder des Vermittlungsausschusses - auf, ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen gerecht zu werden: **Die Kommunen brauchen eine nachhaltige Stärkung ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zum 1. Januar 2004. Parteipolitische Blockaden darf es nicht geben!**

### **Begründung:**

Die deutschen Städte und Gemeinden befinden sich in der schlimmsten finanziellen Krise seit der Gründung der Bundesrepublik. Nach Schätzungen der kommunalen Spitzenverbände wird sich das Finanzierungssaldo des Jahres 2003 auf die kaum vorstellbare Summe von 10 Mrd. € (10.000.000.000,- €) belaufen. Für die Landeshauptstadt Magdeburg ergibt sich ein prognostizierter Fehlbetrag im laufenden Etat von ca. 50 Mio. €. Die Kommunen sind **die zentrale Ebene** in unserem Gemeinwesen, auf der unverzichtbare Leistungen der Daseinsvorsorge für alle Menschen in unserem Land erbracht werden. Ihre Leistungsfähigkeit ist deshalb entscheidend für das Wohl aller Menschen. Aufgrund der Finanzkrise ist die kommunale Investitionsfähigkeit weitgehend zusammengebrochen. Schulen, Kindergärten, Sportanlagen und viele weitere öffentliche Einrichtungen sind immer weiter dem Verfall ausgesetzt. Ein

wirtschaftlicher Aufschwung, der vor allem auch dem Handwerk und den mittelständischen Betrieben zu Gute kommt, setzt zwingend die Rückgewinnung der kommunalen Investitionsfähigkeit voraus. Die im Bundestag beschlossenen Änderungen, die in das Gemeindefinanzierungssteuergesetz eingefügt wurden, bieten eine gute Gewähr für eine schnelle, spürbare und nachhaltige Verbesserung der Einnahmen der Kommunen. Deshalb ist die schnellstmögliche Umsetzung im Interesse der Landeshauptstadt Magdeburg wie auch aller anderer Kommunen in ganz Deutschland dringend geboten.

Dagmar Paasch  
Fraktionsvorsitzende